

Kinderhaben geht uns alle etwas an

---



**1./ 2. Dez. JA**

**zur Initiative**

**« Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft »**

**OFRA**

**OFRA**  
**Org. f. die Sache der Frauen**  
Postfach 4076  
3001 Bern

# Mutterschaft geht alle an!

Am 2. Dezember 1984 werden die StimmbürgerInnen darüber abstimmen, ob die längst überfällige Initiative "Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft" nun endlich eingeführt werden soll.

Die Initiative sieht folgendes vor:

- Die vollständige Deckung aller infolge Schwangerschaft und Geburt entstehenden Arzt-, Pflege- und Spitalkosten
- Einen Mutterschaftsurlaub von mindestens 16 Wochen
- für erwerbstätige Eltern einen Elternurlaub von mindestens 9 Monaten bei Sicherung des Familieneinkommens für untere Einkommen
- Einen Kündigungsschutz während der ganzen Dauer von Schwangerschaft, Mutterschafts-, und Elternurlaub.

Dieser letzte Punkt ist besonders wichtig, denn ohne ihn sind die anderen völlig überflüssig. Wenn der Kündigungsschutz nicht gewährleistet ist, kann die Frau auch nicht vom Mutterschaftsurlaub Gebrauch machen.

Heute sieht es in der Schweiz folgendermassen aus: es ist untersagt, eine Arbeitnehmerin während der letzten acht Wochen ihrer Schwangerschaft und während der ersten acht Wochen nach der Niederkunft zu entlassen. So verlieren viele Frauen in den ersten 7 Monaten der Schwangerschaft ihre Stelle, wenn es ihnen nicht gelungen ist, ihre Schwangerschaft vor dem Arbeitgeber zu verbergen. Wenn ihnen dies auch gelingen sollte - wer garantiert ihnen, dass die Kündigung nicht nach der Geburt erfolgen wird!

Jede Frau soll selber entscheiden können, ob sie nach einer Geburt arbeiten will oder ob sie lieber zu Hause bleibt. Einige Frauen sehen sich aus finanziellen Gründen gezwungen, arbeiten zu gehen, andere tun es von sich aus. Fest steht, dass jede Frau vor und nach einer Geburt genügend geschützt sein muss.

---

## JA am 2. Dezember

---

# NEUNMONATIGER ELTERNURLAUB

## BERUFSTAETIG UND MUTTER - SEIN ?

\*\*\*\*\*

Frauen, die sich ihrem Kind in den ersten Monaten nach der Geburt widmen wollen, müssen heute normalerweise ihre Berufstätigkeit unterbrechen. Da ihnen der Arbeitsplatz nicht garantiert ist, gehen sie das Risiko ein, nach dem Unterbruch keine entsprechende Anstellung mehr zu finden, oder sie müssen ihre Berufstätigkeit ganz aufgeben.

Viele Frauen können es sich jedoch nicht leisten, während mehreren Monaten auf ihren Lohn zu verzichten. Auf Kosten der Lebensqualität der Frau und des Kindes müssen sie sich hetzen, um die verschiedenen Aufgaben, die sich aus Mutterschaft und Beruf ergeben, zu bewältigen.

Nach heutigem Gesetz können schwangere Frauen bis acht Wochen vor der Geburt des Kindes entlassen werden! Das bedeutet den Gang zum Arbeitslosenamt, finanzielle Abhängigkeit vom Freund oder Ehepartner.

## EIN NEUNMONATIGER BEZAHLTER ELTERNURLAUB - EINE VERRUECKTE IDEE ?

\*\*\*\*\*

Im Gegenteil! Eine realistische Möglichkeit für berufstätige Frauen ihr Kind während einer wichtigen Lebensphase zu betreuen, oder diese Aufgabe mit dem Vater zu teilen. Von Vätern bezogener Elternurlaub gibt ihnen die Chance, eine intensivere Beziehung zu ihren Kindern aufzubauen. Die Frau kann den Elternurlaub anschliessend an den Mutterschaftsurlaub beziehen, der Vater auch früher.

Der Einkommensausgleich während des Urlaubs erfolgt nach dem Familieneinkommen. Das heisst, die Leistungen bleiben diesselben, ob der Vater oder die Mutter den Urlaub bezieht. Alleinstehenden Frauen und Paaren mit niederem Einkommen wird der Lohn vollständig ersetzt, bei höheren Einkommen teilweise.

## UND DIE KOSTEN ?

\*\*\*\*\*

491 Millionen kostet der Elternurlaub; das bedeutet für Angestellte und Arbeitgeber höchstens je 0,5 Lohnprozente, wenn die Versicherung nach AHV-Prinzip finanziert wird und wir mit Bundessubventionen in der heutigen Grösse rechnen. Das ist sicher nicht viel, wenn wir mit der Höhe der Militärausgaben vergleichen.

Die Finanzierung erfolgt nach dem Solidaritätsprinzip, denn Kinderbetreuung ist die Aufgabe der ganzen Gesellschaft, nicht der einzelnen Frauen oder Familien. Und überhaupt, kann uns für die Zukunft der Kinder etwas zu teuer sein?

## BERUFSTAETIGKEIT UND MUTTERSCHAFT

\*\*\*\*\*

Berufstätigkeit und Mutterschaft sollen sich NICHT AUSSCHLIESSEN müssen! Nicht Nachtarbeit soll die Alternative sein, Mutterschaft und Berufstätigkeit zu verbinden. Wir benötigen genügend Arbeitsplätze, das Recht auf bezahlte Arbeit, gute Kinderkrippen, Tagesschulen und eine umfassende Berufsausbildung für Mädchen.

## FINANZIERUNG

Die Initiative sieht eine Finanzierung nach dem AHV-Prinzip vor. Die Mutterschaftsversicherung deckt die Kosten in Zusammenhang mit der Geburt, bietet Lohnersatz während des Elternurlaubes. Arbeitnehmer und Arbeitgeber leisten je 0,4 Prozente des Lohnes als Beiträge an diese Versicherung.

Was sich bei der AHV bewährt hat, soll auch für die Mutterschaftsversicherung eingeführt werden; was für die älteren Leute gilt, ist auch gut für die Kinder. Zu betonen ist hierbei, dass die Mutterschaftsversicherung viel billiger kommt und die Kosten besser verteilt. Bereits heute werden ein grosser Teil der Kosten von Schwangerschaft und Geburt von den betroffenen Personen getragen. Kinder sind aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es ist nichts als fair, wenn diese Kosten von allen getragen werden. Jedenfalls mutet es sonderbar an, wenn in der reichen Schweiz argumentiert wird, wir hätten kein Geld für unsere Kinder. Für viele andere Sachen (für Autobahnen, für neue Panzer) ist genug Geld vorhanden...

## Ständerat will keinen bezahlten Elternurlaub

Diese beiden Meldungen auf der Titelseite des Tagesanzeigers vom 27.9.83 belegen dies.

Ein Vergleich der Ausgaben: der gesamte Elternurlaub kostet 491(!) Millionen Franken.

---

### Nationalrat sagt ja zu Sturmgewehr

*Bern, 26. Sept. (AP)* Die Schweizer Wehrmänner sollen ab 1990 ein neues, leichteres Sturmgewehr erhalten. Mit 122 gegen 13 Stimmen hat der Nationalrat als Erstrat am Montagnachmittag das Rüstungsprogramm 1983 samt dem Sturmgewehr gutgeheissen und damit den Gesamtkredit von 1392 Millionen Franken bewilligt. Anschliessend begann er mit der Beratung eines möglichen Gegenvorschlags zur Zivildienst-Initiative.

---

# VORBEUGEN STATT HEILEN

Die "Mutterschaftsschutz-Initiative" koste zuviel, heute müsse man sparen, halten uns die GegnerInnen immer wieder vor. Manchmal kann man aber gerade dadurch sparen, dass man Geld investiert. Bei der Schwangerschaft ist das der Fall:

## RISIKOSCHWANGERSCHAFT - WAS IST DAS ?

\*\*\*\*\*

Unter einer "Risikoschwangerschaft" versteht man eine Schwangerschaft, bei der die Wahrscheinlichkeit, dass es Komplikationen gibt, grösser ist als beim Durchschnitt. Es gibt verschiedene Ursachen für Komplikationen: Die einen sind durch Krankheiten der Mutter bedingt oder liegen beim Kind selber. Die anderen sind medizinisch nicht genau geklärt, doch gibt es Studien, die Zusammenhänge aufzeigen zwischen bestimmten Situationen und einem erhöhten Risiko für Schwangerschaft und Geburt.

Dazu zählen z.B. Alter, Grösse und Gewicht der Mutter, ihre gynäkologische Vorgeschichte, Tabak- und Alkoholkonsum während der Schwangerschaft, Anzahl Arztbesuche, Arbeitsstellung und Arbeitsweg.

VIELE RISIKEN FUER MUTTER UND KIND SIND ENG VERBUNDEN MIT DER STELLUNG DER MUTTER IN DER GESELLSCHAFT. DIE CHANCE FUER EINE FRAU, EIN GESUNDES LEBENSFAEHIGES KIND ZU GEBÄREN UND DIE MOEGlichkeit FUER EIN KIND, EINE NORMALE ENTWICKLUNG ZU ERLEBEN, HAENGEN VON DER WIRTSCHAFTLICH-SOZIALEN STELLUNG DER MUTTER AB.

Andere Untersuchungen zeigen einen direkten Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und der Berufskategorie und dem Risiko einer Frühgeburt oder einer Geburt mit Untergewicht des Kindes. Es sind aber genau diese sogenannten "Risikokinder", die einen höheren Anteil an Kindersterblichkeit aufweisen als andere. Auch ist bei ihnen die Anfälligkeit für Krankheiten grösser und der Anteil an Behinderungen höher als beim Durchschnitt. Es liegt im Interesse von uns allen, möglichst viel zu tun, um Frühgeburten und Geburten mit Untergewicht zu verhindern.

## VORSORGE - WIE IST SIE MOEGlich ?

\*\*\*\*\*

Ein Teil der oben erwähnten Risiken kann mit Schutzbestimmungen für schwangere Frauen eingedämmt werden: Kürzung der Arbeitszeit, Erleichterung der mühsamsten Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit, auf eine bessere Arbeitsstelle zu wechseln.

Prof. A. Minkowski, bekannter Neonatologe in Frankreich, schreibt, dass in 60 - 65 % der Fälle die Risiken für ein Kind vorausgesehen und entsprechend angegangen werden können. Dazu sei aber eine erhöhte Anzahl exakt durchgeführter Schwangerschaftsuntersuchungen nötig, durchgeführt von kompetentem Personal (mind. 10 Untersuchungen). So könnten Risikoschwangerschaften frühzeitig erkannt und die Frauen an speziell eingerichtete Spitäler verwiesen werden.

In Frankreich ist nach 10-jähriger Anwendung eines Vorbeugeprogrammes (1969 - 1979) die perinatale Sterblichkeit von 26 Promillen auf 13,5 Promille gesunken. Gleichzeitig sank auch der Anteil Behinderungen entsprechend. Es wurden ca. 0,9 Milliarden französische Franken ausgegeben für einen wirtschaftlichen Vorteil von 7 Milliarden Franken.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

## FINANZIELLER UND MENSCHLICHER NUTZEN

\*\*\*\*\*

Vom finanziellen Standpunkt her, ist der Nutzen enorm (siehe Beispiel Kasten). Viel wichtiger ist es, wieviel menschliches Leiden mit einer guten Vorbeugung verhindert werden könnte. Wir müssen uns die Mittel dazu geben. Die "Mutterschaftsschutz-Initiative" erfüllt nicht alle Forderungen, aber sie ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung!